läuft auf eine Ehrung der engeren Heimath und eine Huldigung für das sächsische Fürstenhaus hinaus, dessen Verdienste um Kunst, Wissenschaft und Gewerbe in pomphafter Weise eine Apotheose schildern wird, in deren Mittelpunkt die strahlende Saxonia zu stehen kommt. Das gesammte Königshaus, die prinzlichen Herrschaften, Ihre Hoheit die Herzogin von Schleswig-Holstein nebst Prinzessin-Tochter, das diplomatische Korps haben bereits ihr Erscheinen auf dem Feste zugesagt.

— Ueber den heutigen Einfluß des Großkapitals auf die Gestaltung der Getreidepreise sprach gestern Nachmittag Herr Dr. Ruhland-Berlin in der Oekonomischen Gesellschaft, welche sich in den „Drei Raben" im Weißen Saale sehr zahlreich versammelt hatte. Die Versammlung eröffnete Herr Hauptmann a. D. Ritter mit mehreren geschäftlichen Mittheilungen und Erwähnung des Hinscheidens des Ehrenmitglieds Oberregierungsrath Dr. Engel, zu dessen Angedenken man sich von den Plätzen erhob. — Hierauf berichtete Herr Direktor Meinert über die von ihm errichtete Sächsische Fahrschule. Alsdann begann Herr Dr. Ruhland den mit Spannung erwarteten Vortrag. Adam Smith habe das Dogma aufgestellt, daß der freie Markt am besten in der Lage sei, eine Preisbildung zu bewirken, welche im Interesse der Gesammtheit gelegen sei. Auf Grund dieser Lehre sah man in den periodischen Krisen, vermittelst deren sich Angebot und Nachfrage immer wieder von selbst regulirten, etwas Naturnothwendiges und Segensreiches, einen Anstoß zum Fortschritt in der Technik und allgemeinen Kultur. Dieser Auffassung entstand eine Gegnerschaft von Seiten der Sozialdemokratie, deren Kritik über die Freihandelslehre vor Allem in dem Buche von Carl Marx „Das Kapital" niedergelegt ist. Nach ihm ist die gesellschaftliche Arbeit das alleinige werthbildende Produkt und in dem Akkumulationsprozeß des Großkapitals liegt die eigentliche Ursache der Ueberproduktion. Durch die Produktionswuth des Großkapitals entstehen in immer kürzeren Zeiten Krisen, durch welche die kleineren Kapitalisten immer mehr und mehr expropriirt werden. Marx betrachtet also die Krisen als etwas Verhängnißvolles, begeht aber den Fehler, daß er nur die industriellen Verhältnisse berücksichtigt und sich um das tägliche Brot nicht kümmert. Der Sozialismus kann dem Mittelstande nur lehren, daß er dem Untergange geweiht sei, und macht nicht einen einzigen Vorschlag für eine praktische Politik. Trotz der Unhaltbarkeit des ganzen Systems wachse aber die Zahl der Sozialdemokraten, weil Mancher in ihrer Lehre wenigstens eine abgeschlossene Weltanschauung finde, während unsere Nationalökonomen entweder gemäßigte Freihändler oder Katheder-Sozialisten seien, sich in eine Unmasse Details verlieren und keinen Fingerzeig für die Praxis der Zukunft geben. Keine dieser Theorien vermöge den innersten Grund der Preisschwankungen zu erklären. Erst die Praxis des Lebens habe ganz unerwartet die Agrarierfrage auf die Tagesordnung gesetzt. Von den bisherigen praktischen Maßnahmen vermöge aber keine, weder die Schutzzollpolitik, noch der Antrag Kanitz den Rückgang der Getreidepreise aufzuhalten. Eine weitgehende Statistik lehre, daß die Getreidepreise, trotzdem sie ganz unregelmäßig hin- und herschwanken, die merkwürdige Tendenz zeigen, mit der fortschreitenden Kultur der Völker langsam, aber stetig nach aufwärts zu steigen, sodaß also Völker mit niederer Kultur niedrige Getreidepreise haben und umgekehrt. Für Deutschland betrage ein gesunder Preis pro Tonne Weizen mindestens 200 Mk., dagegen für Südrußland 35—40 Mk., für das Innere von Indien 25—28 Mk. Sobald viele Schwankungen rasch auf einander folgen, bestehe ein ähnlicher ungesunder Zustand, wie ihn der Arzt bei starker Schwankung der Bluttemperatur als Krisis bezeichnet, und es gelte daher Getreidepreise zu erlangen, die sich der mittleren Linie möglichst nähern. Der letzte bedeutende Preisfall sei durch die argentinische Konkurrenz hervorgerufen worden und diese Erscheinung beweise den kolossalen Einfluß des Großkapitals auf die Preisbildung. Dieses schuf in Argentinien eine künstliche Krisis, kaufte nach dem Krach mit dem künstlich billig gemachten Gelde das dort produzirte Getreide auf und drückte mit dieser an sich geringen Menge Getreide die heimischen Preise um 50 Prozent. Eine Ueberproduktion sei nicht vorhanden, denn der Landwirth befinde sich auf der ganzen Erde überall in gleich mißlicher Lage, und nur das Großkapital entpuppe sich als Träger des Rückgangs. Um eine Besserung zu erzielen, sei in erster Linie auf eine Geldbörsenreform Gewicht zu legen. Banken, welche gewerbsmäßig Anleihen für das Ausland vermitteln, sollen sich Emissionsbanken nennen, von den Depositenbanken getrennt werden und in weitgehender Weise haftbar gemacht werden. Außerdem müsse eine schärfere Reform der Waarenbörse mit Aufhebung des Terminhandels international durchgeführt werden und eine Regulirung unserer Werthverhältnisse in der Weise plangreifen, daß nicht nur eine feste Relation zwischen Gold und Silber, sondern ein bestimmtes Werthverhältniß zwischen den Landesvaluten zu einander festgesetzt werde. In weiterer Ferne sei dann noch eine Regelung der Eisenbahntarife und der Frachtfrage in Aussicht zu nehmen, nicht nur im Interesse der Landwirthschaft, sondern der ganzen menschlichen Gesellschaft. — Die ungemein anregenden Ausführungen des Redners belohnte die Versammlung mit reichem Beifall. Auf Grund einer aus der Mitte der Versammlung kommenden Anregung äußerte sich darauf Herr Dr. Ruhland noch über die bisherigen Einrichtungen an der Getreidebörse und den Werth des neuen Börsengesetzes. Die Börse habe den Getreidehandel so zugeschnitten, daß das Getreide als Waare ganz verschwinde und nur im Werthe umgesetzt werde, und bringe nur so viel wirkliches Getreide an den Markt, als zu dessen spekulativer Beeinflussung nothwendig sei. Am Beginn des Jahres werde bereits festgestellt, an welchen Terminen überhaupt Lieferungsverträge als zur Erfüllung nothwendig abgeschlossen werden sollen. Auch werde nur ein bestimmter Prozentsatz der Produktion für lieferbar erklärt. Dadurch, daß der Mindestschluß auf 5 Waggons festgesetzt werde, sei kleineren Käufern oder Verkäufern ein ernstes Geschäft unmöglich gemacht. Der Baissier genieße die verschiedensten Vortheile, und da die Haussespekulation ungemein aufreibend und schwierig sei, überwiegen die Baissiers, welche die Preise für Herbstweizen schon im Beginn des Jahres herunterzudrücken anfangen. Dabei werde der Markt durch alle möglichen Kniffe und Beeinflussung von Mitläufern künstlich jeder gesunden Vernunft zuwider gestaltet, und die „ahnungslosen Engel", welche nach ihrem gesunden Menschenverstande Meinungskäufe ausführen, hineingelegt. Die Zweck-Vereinigung in Hamburg sei entschieden eine unerlaubte Umgehung, und das Börsengesetz gehöre unzweifelhaft, soweit es die Aufhebung des Terminhandels ausspricht, zu den besten Gesetzen, die seit Jahrzehnten im Deutschen Reiche gemacht worden sind.

— Bei der vorgestrigen Wahl der ständigen Ausschüsse des Stadtverordnetenkollegiums wurde folgendes Resultat erzielt: Rechtsausschuß: Rechtsanwalt Dr. Wilisch, Professor Dr. Lehmann, Rechtsanwalt Dr. Schubert, Rechtsanwalt Dr. Häckel, Rechtsanwalt Müller v. Berneck, Rechtsanwalt Schütze, Gürtlermeister Heimbold, Rechtsanwalt Conrad, Pfarrer Gamper, Hofmusikalienhändler Plötner. Der Rechtsausschuß konstituirte sich mit den Herren Dr. Wilisch als Vorsitzendem, Dr. Lehmann als stellvertretendem Vorsitzenden, Dr. Schubert und Dr. Häckel als Schriftführern. — Finanzausschuß: Fabrikbesitzer Bierling, Civilingenieur Hartwig II, Privatmann Dr. Vogel, Kaufmann Anger, Glasermeister Hoffrichter, Hoflieferant Krauße, Hofrath Dr. med. Battmann, Rechtsanwalt Justizrath Dr. Rudolph, Kaufmann Uhlmann, Buchhändler Winter. Der Finanzausschuß konstituirte sich mit den Herren Bierling und Hartwig II. als Vorsitzenden, Dr. Vogel und Winter als Schriftführern. — Verwaltungsausschuß: Baumeister Hartwig I. Rechtsanwalt Dr. Stöckel, Kaufmann Götte, Baumeister Kammsetzer, Finanzrath Vogenstecher, Handschuhfabrikant Seeling, Fabrikant Kändler, Kaufmann Albanus, Kaufmann Dietz, Hofschneider Emmrich. Der Verwaltungsausschuß konstituirte sich mit den Herren Dr. Stöckel als Vorsitzendem, Hartwig I als stellvertretendem Vorsitzenden, Götte und Kammsetzer als Schriftführern. — Wahlausschuß: Sattlerobermeister Gottschall, Kanzleirath Genh, Privatmann Bober, Dekorationsmaler Möller, Schneidermeister Willenbrock, Kaufmann Gandil, Handschuhfabrikant Gweiner, Fabrikbesitzer Klaebe, Ofenfabrikant Heckel, Kaufmann Jünger. Der Wahlausschuß konstituirte sich mit den Herren Gottschall und Genh als Vorsitzenden, Bober und Möller als Schriftführern.

— Etwas über Schaltjahre. Die an einem 29. Februar Geborenen hatten alle Ursache, ihren Geburtstag im Jahre 1896 mit besonderem Glanz zu feiern, denn der nächste 29. Februar tritt nicht in vier Jahren, sondern erst wieder in acht Jahren, also 1904, ein, und angesichts dieses seltenen Ereignisses verlohnt es sich, die Eigenthümlichkeit der Schaltjahre in die Erinnerung zu rufen. Genau genommen braucht die Erde zu ihrer Bewegung um die Sonne bekanntlich 365 Tage, 5 Stunden, 48 Minuten und 46 Sekunden, und so lang müßte somit jedes Jahr sein, doch wäre es weniger praktisch, wenn nicht jedes Jahr mit Anfang des Tages begänne. Man begnügt sich deshalb gewöhnlich mit 365 Tagen und macht, da die überschießenden 5 Stunden, 48 Minuten und 46 Sekunden im Laufe von vier Jahren fast einen Tag ausmachen, jedes vierte Jahr zu einem Schaltjahr mit 366 Tagen. Damit kommt man indessen wieder in der Zeitrechnung etwas zu weit, denn in jedem Schaltjahr sind 44 Minuten und 56 Sekunden oder fast ¾ Stunde zu viel. So geringfügig dieser Zeitüberschuß nun auch ist, so beträgt er doch im Verlaufe von 400 Jahren 74 Stunden, 53 Minuten und 20 Sekunden oder über drei Tage. Diese drei Tage müssen also wieder untergebracht werden, bevor 400 Jahre verflossen sind, und dies geschieht nun dadurch, daß man einige Jahre, die sonst Schaltjahre sein müßten, dieser Eigenschaft entkleidet. Diejenigen Jahre, deren Ziffern mit zwei Nullen schließen, sind daher keine Schaltjahre, sofern nicht die Zahlen vor den Nullen durch vier theilbar sind. Die Jahre 1900, 2100, 2200, 2300 ꝛc. sind demnach keine Schaltjahre, dagegen Jahre wie 2000 und 2400. Es ist also ein höchst ungewöhnliches Ereigniß, daß zwischen zwei aufeinander folgenden Schaltjahren ein Zwischenraum von acht Jahren liegt. Wir werden dies nicht wieder erleben, und etliche nachfolgende Generationen erleben es überhaupt nicht, denn der nächste gleiche Fall tritt erst wieder in 200 Jahren ein, nämlich zwischen 2096 und 2104. (Nach 3200 bis 3600 Jahren muß freilich nochmals eine Korrektur eintreten, denn von den 74 Stunden 53 Minuten bleiben aller 400 Jahre wieder 2 Stunden 53 Minuten übrig, die in 3200—3600 Jahren einen Tag ausmachen. Den wollen wir ja nicht verpassen!)

— Die Handels- und Gewerbekammer zu Dresden hat an 247 Industrielle und Handeltreibende ihres Bezirks Fragebogen und Rundschreiben versandt, um das geschäftliche Interesse der Letzteren an dem geplanten Donau-Moldau-Elbekanal zu ermitteln. Bei der Kammer sind hierauf 121 Antworten eingelaufen, von denen 79 ein Interesse an dem Kanal bekundeten. Dem in Reichenberg in Böhmen seinen Sitz habenden Ausschuß für den Kanalbau ist von der Kammer hierüber Bericht erstattet.

— Der „Arbeitsnachweis für ehemalige Militärs", welchen die Militärvereine des Dresdner Bezirks im Vorjahr errichtet haben, hat während seines 11-monatlichen Bestehens den gehegten Erwartungen völlig entsprochen, denn es sind allein von der Hauptstelle Dresden, Landhausstraße 5, gegen 500 gedienten Soldaten Stellen zugewiesen worden. Diese Zahl hätte sich verdoppelt, wenn die geforderten Professionisten vorhanden gewesen wären. Dies war nicht der Fall und so mußten Hunderte von Arbeitsangeboten unberücksichtigt bleiben. Wenn es sonach Handwerkern jeder Art, soweit sie Soldat waren und gute Zeugnisse besitzen, nur empfohlen werden kann, bei Arbeitslosigkeit sich dieses Arbeitsnachweises zu bedienen, so werden auch alle Arbeitgeber gut thun, jeden Bedarf an Arbeitskräften im Bureau Landhausstraße 5, Fernsprecher 1915 (Ritzlbräu) anzuzeigen. Sie können sicher sein, daß sie namentlich bei Besetzung von Aufseher-, Kassen- und Comptoirdiener-, Marktheilerposten ꝛc., wo Auswahl vorhanden ist, gut geeignete Leute erhalten werden. Die Militärvereine erhalten den Arbeitsnachweis mit großen Opfern, sie wollen damit auch ihren Theil zu der Lösung der sozialen Frage beitragen und — wie sie offen bekennen — der Sozialdemokratie entgegenarbeiten. Das Unternehmen ist der Unterstützung aller gut gesinnten Kreise wohl werth und wäre es wünschenswerth, wenn sich neben allen privaten Arbeitgebern auch die verschiedenen Behörden bei Einstellung von Arbeitern und niederen Beamten — soweit solche nicht Militäranwärter zu sein brauchen — des Arbeitsnachweises der Militärvereine erinnern wollten.

— Die auch in der Tagespresse mehrfach besprochene Ermordung der hoffnungsvollen jungen Missionare Ovir und Segebrock, die etwa vor Jahresfrist von Leipzig aus am Kilimandscharo in Ostafrika ankamen, aber bereits Mitte Oktober im Merugebiete unter den dortigen Negern ein Opfer ihres Berufs wurden, wird auf Grund der neuesten Berichte und Briefe den Gegenstand eines Vortrags bilden, den am Sonntag Abend 8 Uhr im Vereinshause Herr Pastor Hofstaetter vom Missionskollegium in Leipzig über „Licht und Schatten auf dem Kilimandscharo" halten wird. Der mit den Verhältnissen wohlvertraute geschätzte Redner wird die Zuhörer hierbei in den noch immer dunklen Erdtheil einführen, Land und Leute von Ostafrika schildern, die Pionierarbeit zeigen, die die Mission bei Gewinnung unserer Kolonien that, und auf die koloniale Arbeit des Reiches überhaupt zu sprechen kommen. Der Eintritt zu diesem Vortrage, der viel Anregung und Belehrung verspricht, ist frei. Der Saal wird um 7 Uhr geöffnet.

— Zum Gebrauche böhmischer oder sächsischer Heilquellen sind aus den Mitteln der unter Verwaltung des Ministeriums des Innern stehenden Sächsischen Stiftung an arme Kranke auch für das laufende Jahr eine Anzahl Unterstützungen beziehentlich Freistellen zu vergeben. Die Unterstützungsgesuche sind längstens bis Ende März dieses Jahres bei dem Ministerium des Innern anzubringen. Gesuchstellern, welche bereits wiederholt unterstützt wurden, kann keine Aussicht auf abermalige Berücksichtigung eröffnet werden.

— Dem Oberreichsanwalt Hamm in Leipzig ist von der juristischen Fakultät der Universität Bonn für seine Thätigkeit als Oberstaatsanwalt in Köln die Doktorwürde honoris causa verliehen worden. — Reichsgerichtsrath Wittmaack wird, nachdem sein Pensionsgesuch nunmehr genehmigt ist, am 1. April in den Ruhestand treten.

— Ein von der Stadt Dresden von der Ausstellung des Sächsischen Handwerks und Kunstgewerbes erworbener, aus der Gläser'schen Wagenbauanstalt hervorgegangener Prunkwagen wurde am Neujahrstage zum ersten Mal in Gebrauch genommen, indem Herr Oberbürgermeister Geh. Finanzrath Beutler denselben bei der Auffahrt zur Cour nach dem Königl. Residenzschlosse benutzte.

— Auf dem Eiskellerneubau an der Pfotenhauerstraße stürzte am Donnerstag Nachmittag ein Theil von einem 8 Meter hohen Gerüst ein, wobei der Zimmermann Bruno Rüdiger mit in die Tiefe gerissen wurde. Der Verunglückte wurde bewußtlos vom Platze getragen und in das Carolahaus überführt.

— Im Cirkus Krembser hatte die beliebte Schulreiterin Fräulein Hedwig Brose am Donnerstag Abend das Malheur, mit ihrem Schulpferde „Mirza Schaffy" zu stürzen. Zum Glück kamen aber weder Reiterin noch Pferd dabei zu Schaden.

— Einige junge Leute, die bei einer Geburtstagsfeier in einem Vororte Dresdens ein wenig zu tief in's Glas geschaut haben mochten, verübten auf dem Nachhausewege in einem Fleischerladen allerhand Unfug, wobei sogar ein paar Marmortafeln in die Brüche gingen. Auf der nächsten Polizeiwache, wohin man die „Ulkbrüder" brachte, wurden ihre Namen aufnotirt, und der Spaß dürfte für sie wohl noch ein übles Nachspiel ergeben.

— Auf einem Neubau in Pieschen wurde beim Grundgraben in einer Tiefe von ca. 1,50 Meter ein menschliches Gerippe aufgefunden und polizeilich aufgehoben.

— Dr. Ryde in New-York versichert, daß das einfache Rückwärtsgehen das beste Mittel gegen nervöse Kopfschmerzen sei. Es genüge, wenn man täglich 10 Minuten dieser Uebung obliegt, und der beste Raum dazu ist ein langer, schmaler Korridor, in welchem man auf- und abgehen soll. Die Bewegung soll sehr langsam geschehen und man soll erst mit der Spitze, dann erst mit dem Absatz auftreten. — Man kann's ja einmal probiren! Hilft's nicht, so schadet's auch nicht.

— In Crimmitschau wurde von dem Zimmermann Ziergiebel beim Zerkleinern eines hohlen Baumstumpfes in dem letzteren ein Kindesleichnam weiblichen Geschlechts aufgefunden. — Ebendaselbst fand man im sogen. Höllengraben einen 47 Jahre alten Handarbeiter Namens Roscher, aus Falken bei Waldenburg gebürtig, erhängt auf.

**Fortsetzung des örtlichen Theiles auf Seite 4 und 9.**

## Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** In dem vom Finanzminister Dr. Miquel dem preußischen Abgeordnetenhause vorgelegten Etat sind für 1897/98 die Einnahmen auf 2,046,031,385 Mark, die Ausgaben im Ordinarium auf 1,955,856,029 Mark, im Extraordinarium auf 90,176,356 Mark, zusammen danach ebenfalls auf 2,046,031,385 Mark veranschlagt. Der Staatshaushaltsetat hält also in Einnahme und Ausgabe das Gleichgewicht. Gegenüber den Veranschlagungen für das laufende Etatsjahr zeigt, wenn die zur Balanzirung des letzteren angesetzte außerordentliche Einnahme von 14,285,612 Mark außer Betracht bleibt, die für 1897/98 angesetzte Einnahme ein Mehr von rund 119,660,078 Mark, die Ausgabe ein Mehr von 105,374,466 Mark, wovon auf das Ordinarium 95,094,688 Mark, auf das Extraordinarium 10,279,778 Mark entfallen.

Laut Hofberichts der „Karlsruher Zeitung" hat in den letzten Wochen die Herstellung der Gesundheit des Großherzogs günstige Fortschritte gemacht.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall ist zu einem kurzen Erholungsurlaub nach Lugano abgereist.

Nach der Denkschrift über die Erhöhung der Gehälter der preußischen Beamten ist die Aufbesserung der Gehälter auf die mittleren und höheren Beamten beschränkt. Es bedeutet dies eine Fortsetzung der im Jahre 1890 begonnenen Aufbesserung der Gehälter der Unterbeamten, welche durchschnittlich 13 Proz. betrug, während die jetzige 10 Proz. beträgt. Von einigen Ausnahmen abgesehen, wo besondere Gesichtspunkte maßgebend waren, beschränkt sich die Aufbesserung bei höheren Beamten auf solche unter 12,000 M. Gehalt. Im Allgemeinen ist das Maximum, bei einigen Beamtenkategorien jedoch, so bei den Richtern und Lehrern, auch das Minimum erhöht worden. Der Gesammtbetrag der aus dieser Gehaltserhöhung erwachsenden Mehrausgaben beziffert sich auf 19½ Millionen Mark.

Der preußische Justizminister Schönstedt hat an die Amtsgerichte eine Verfügung erlassen, in welcher er empfiehlt, den Bauhandwerkern Einsicht in die Grundbücher derjenigen Grundstücke, zu denen sie Arbeit und Material geliefert haben, zu gestatten, ohne daß sie die Erlaubniß des Bauunternehmers nachzuweisen brauchen. Um Einsicht in das Grundbuch zu erlangen, ist es demzufolge in Zukunft nur noch erforderlich, daß die Bauhandwerker dem Grundbuchrichter gegenüber den Nachweis führen, daß sie zu dem Bau Arbeiten oder Material geliefert haben resp. vertragsmäßig liefern sollen.

Der scharfe Gegensatz zwischen den Mitgliedern der Produktenbörse in Berlin und der preußischen Regierung hat in der Wahl eines Börsenvorstands deutlichen Ausdruck gefunden. Wenn von Seiten der Korporationsmitglieder, die am Verkehr der Produktenbörse theilnehmen, die Erwartung ausgesprochen worden ist, daß sie ein Entgegenkommen der preußischen Regierung erwarten, insofern als diese nachträglich die Bestellung von Vorstandsmitgliedern, die der Landwirthschaft und Müllerei angehören, wieder rückgängig macht und die Preisfeststellung, wie bisher, auf die direkten Interessenten der Börse beschränkt, so dürften sich nach dem, was eine Korrespondenz darüber erfährt, derartige Erwartungen nicht erfüllen. Es scheint vielmehr bei der Regierung die Auffassung obzuwalten, als könne sie in dieser Beziehung nicht anders verfahren, als sie es gethan hat. Und zwar stützt sie sich dabei nicht sowohl auf das Börsengesetz, als vielmehr auf schon ältere bestehende Gesetze. Thatsächlich ist die Frage der Betheiligung der Landwirthschaft an der Preisfestsetzung auch gar nicht, wie die Produktenhändler erklären, in das Belieben der Regierung gestellt, sondern bereits früher durch das Gesetz über die Landwirthschaftskammern vom 30. Juni 1891 festgestellt. Im § 2 dieses Gesetzes heißt es ausdrücklich: „Den Landwirthschaftskammern wird eine Mitwirkung bei der Verwaltung und den Preisnotirungen der Produktenbörse, sowie der Märkte, insbesondere der Viehmärkte übertragen." Danach dürfte jeder Versuch der Produktenhändler, die Landwirthschaft von der Preisfeststellung auszuschließen, erfolglos sein.

Die nationalliberale „Rhein.-Westf. Ztg." schreibt zu der Haltung ihrer Gesinnungsgenossen im Produktenbörsenstreik offenherzig Folgendes: „In manchen nationalliberalen Kreisen macht sich leider eine gewisse Hinneigung zur Börse bemerkbar. Von der nationalliberalen „Börsenzeitung" ist nicht gut zu erwarten, daß sie die Führung gegen den neuesten Börsenschwindel übernimmt. Die „Nationalzeitung" tritt natürlich ganz auf Seite der Börse, andere Zeitungen auf Seite der Produktenbörse; ihr sind selbstverständlich die 400 Insassen des Zeenpalastes werthvoller, als Hunderttausende deutscher Bauern. Die „Nationalliberale Korrespondenz", deren Uebergabe an einen Redakteur der „National-Zeitung" ein Schlag in das Gesicht des nationalliberalen Parteitags war, verhält sich außerordentlich zweideutig. Vor einigen Tagen bemerkte sie, „von dem Börsengesetz (welches mit den Stimmen der Nationalliberalen angenommen ist), könne man denken, was man wolle, die Art der Ausführung sei jedenfalls zu tadeln." Wir vertrauen aber, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion, welche schon oft Beweise gegeben hat, daß sie willens ist, die Interessen der Landwirthschaft denjenigen der Börse voranzustellen, auch diesmal wie im vorigen Jahre sich durch den Lärm der nationalliberalen Börsenpresse nicht beeinflussen läßt, das zu thun, was sie im Interesse der deutschen Landwirthschaft nothwendig hält."

Den opponirenden Produktenbörsen ertheilen die „Münch. N. N." den wohlwollenden Rath, bei Zeiten einzulenken, da der Kampf auf die Dauer aussichtslos sei. Das genannte Blatt schreibt: „In den Kreisen der preußischen Regierung scheint man ernstlich zu erwägen, ob es nach Lage der bestehenden Gesetzgebung nicht möglich ist, gegen die an Stelle der Produktenbörsen getretenen freien Vereinigungen der Getreide-, Spiritus- und Produktenhändler polizeilich und strafrechtlich vorzugehen. Ob es hierzu kommt, ist jedoch fraglich. Wohl bestimmt das Börsengesetz, daß eine Börse nur mit Genehmigung der Landesregierung errichtet werden dürfe, allein es sagt nicht genau, was unter einer Börse zu verstehen sei und bei der übergroßen Schwierigkeit, welcher jede Definition dieses Begriffs begegnet, war es vollständig angemessen, daß man sich auch des Versuchs derselben enthielt. Somit ist es zum Mindesten zweifelhaft, ob die an Stelle der Produktenbörsen tretenden „freien Vereinigungen" rechtlich als Börsen im Sinne des § 1 des Börsengesetzes anzusehen sind, mögen sie immerhin auch für die unmittelbaren und mittelbaren Interessenten die Zwecke jener erfüllen. Nur dann würde aber das Einschreiten der Regierung berechtigt sein, wenn diese Vorfrage mit Bestimmtheit bejaht werden könnte. Allerdings wäre mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Regierung, wenn sie sieht, daß durch den Widerstand der Interessenten die Erreichung der Zwecke des Börsengesetzes theilweise unmöglich gemacht wird, eine Ergänzung desselben in Vorschlag bringt, welche der Zustimmung des Reichstags so gut wie sicher sein dürfte. (Derselben Meinung über diesen Punkt war bereits in dem Leitartikel der „Dresdn. Nachr." vom letzten Sonntag Ausdruck gegeben worden. D. Red.) Bei dieser Ergänzung würde aber der Bogen noch straffer angespannt werden. Dies werden wohl die betreffenden Kreise zu bedenken haben, deren Widerstand gegen das Gesetz ja an sich begreiflich ist. Bei den fast unbegrenzten Machtmitteln der Gesetzgebung kann der Kampf zwischen dieser und den Produktenbörsen doch schwerlich mit einem Siege der letzteren endigen, auch wenn ihre Mitglieder sammt und sonders ausharren und keine Zahnenflucht in ihren Reihen zu verzeichnen ist. Uebrigens treten die Produktenbörsen nicht einmal selbst einheitlich in den Streik ein; so hat die Breslauer den Beschluß gefaßt, sich nicht aufzulösen. Auch sonst werden wohl die Bedenken allmählich überwiegen, sich nicht zu sehr in das eigene Fleisch zu schneiden, und danach dürfte schließlich auf friedlichem Wege ein modus vivendi gefunden werden."

In Breslau hat eine große Versammlung des Bundes der Landwirthe stattgefunden, in der folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangte: „Die heute in Breslau versammelten über 1500 Mitglieder des Bundes der Landwirthe halten nach wie vor fest an den Forderungen des Bundes, namentlich an der Durchführung des Antrags Kanitz und an der Einführung der internationalen Doppelwährung. Sie erwarten von der Staats- und Reichsregierung die energische Durchführung des Börsengesetzes und die kraftvolle Zurückweisung des unloyalen, dem Gesetze hohnsprechenden Vorgehens der Börseninteressenten. Diese Forderungen allein können der bedrohten Landwirthschaft und dem gesammten Mittelstand nachhaltig helfen, deren Erhaltung eine nationale Nothwendigkeit ist."

In Hannover hat die sogenannte hannoversche Getreidebörse, welche sich nicht als eine eigentliche Börse im technischen Sinne des Börsengesetzes darstellt, sondern als eine freie Vereinigung, deren Mitglieder zum effektiven Handel in Getreide zusammenkommen, beschlossen, ihre Notirungen einzustellen.

Der Deutsche Landwirthschaftsrath hat an den Reichstag die Bitte gerichtet, den gleichlautenden Anträgen von Kardorff und Genossen und Graf v. Hompesch und Genossen betr. Gesetzentwurf über den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln seine Zustimmung zu ertheilen. Der Deutsche Landwirthschaftsrath erblickt in dem Entwurf eine geeignete Handhabe für den wirksamen Schutz der obigen landwirthschaftlichen Produkte gegen die unlautere Konkurrenz ihrer Ersatzmittel und würde es mit Befriedigung begrüßen, wenn der Entwurf durch Zustimmung des Reichstags und des Bundesraths Gesetzeskraft erhalten würde.

Wie die „Fränk. Ztg." mittheilt, hat in der Generalversammlung des Christlichen Bauernvereins für Unterfranken der Reichstagsabgeordnete Pfarrer Gerstenberger (Centrum) die Einführung des berufsständischen Getreidemonopols gefordert.

Zu dem bevorstehenden Kampfe im Baugewerbe haben die betheiligten gewerkschaftlichen Organisationen in zwei öffentlichen Versammlungen in Berlin Stellung genommen. Der Neunstundentag, den man auf einer Reihe von Bauten durchgeführt, soll auf der ganzen Linie verlangt werden; ob partielle Streiks oder Platzsperren dabei in Anwendung kommen, bleibt vorbehalten. Vor Allem soll Werth darauf gelegt werden, die Bauarbeiter, Steinträger, Kalkträger und Hilfsarbeiter mehr zu organisiren, da diese einen Streik der Maurer sehr beeinträchtigen könnten. Neben dem Kampfe für den Neunstundentag wird die Abschaffung der Akkordarbeit und die Ersetzung derselben durch Lohnarbeit in's